Expertin fordert klarere Aussagen von muslimischen Verbänden

30. August 2017

Frankfurt (KNA) Die Ethnologin Susanne Schröter warnt vor einer unkritischen Zusammenarbeit des Staates mit muslimischen Verbänden.

Wenn diese Kooperationspartner des Staates sein wollten, „müssen sie sich zu den Texten, die den Dschihad legitimieren, positionieren“, schreibt Schröter in einem Gastbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Dienstag). Progressive Muslime, die eine kritische Auseinandersetzung mit dem Islam forderten, erhielten indes wenig Anerkennung von den Verbänden, sondern würden mitunter diskreditiert. Es sei „beunruhigend, dass deutsche muslimische Verbände mit stoischer Unbeirrbarkeit tönen, der islamistische Terror habe nichts mit dem Islam zu tun“, so Schröter, die das Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam (FFGI) leitet. Muslimische Aktionen wie die „Nicht mit uns“-Demonstration im Juni lehnten die Verbände teils ab. „Allerdings empfehlen sich islamische Verbände neuerdings für Präventionsmaßnahmen und bewerben sich erfolgreich um Fördermittel.“ Hier drohe die Gefahr, „den Bock zum Gärtner“ zu machen, mahnte Schröter. Konkret müssten die Zusammenarbeit mit dem deutsch-türkischen Moscheeverband Ditib sowie dem Zentralrat der Muslime in Deutschland kritisch betrachtet werden.

(KNA – rksmt-89-00008)

Stand: 16. November 2026